

Fachausschuss Soziale Berufe und Bürgerschaftliches Engagement

–at– Seit seiner ersten Sitzung am 17. Oktober 1957 begleitet und prägt der Fachausschuss Soziale Berufe des Deutschen Vereins die Entstehung und Ausdifferenzierung sozialer Berufsbilder und Qualifizierungswege: Berufszugänge, Qualifizierung, fachliche Anforderungen sowie Arbeitsbedingungen sind Themen, mit denen sich der Fachausschuss über die Jahre kontinuierlich und intensiv beschäftigt hat.

Vom Jahr 1994 an gehörte auch die Rolle des Ehrenamtes in sozialen Diensten zu den im Fachausschuss reflektierten Themen – ein Faden, der seit dem Jahr 2019 wieder aufgenommen wurde: Seither trägt der Fachausschuss unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ivo Züchner das Bürgerschaftliche Engagement im Namen und widmet sich in diesem Zusammenhang insbesondere Fragen, die das Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt sowie Wechselwirkungen in Bezug auf Arbeitsbedingungen, fachliche Standards sowie die Gewinnung und Bindung von Personal für soziale Einrichtungen und Dienste berühren.

So stand die September-Sitzung des vergangenen Jahres ganz im Zeichen der Debatte um einen gesellschaftlichen Pflichtdienst, eine Idee, die aktuell u.a. durch das Engagement des Bundespräsidenten sowie durch die Positionierung der CDU erheblich an Fahrt gewinnt und die, so sie sich realisieren ließe, erhebliche Auswirkungen auf soziale Einrichtungen sowie auf die Freiwilligendienste hätte. Nathalie Klausser stellte die Kampagne „Chancenzeit“ der Konrad-Adenauer-Stiftung vor. Dem setzte Alexandra Hoorn vom AWO-Bundesverband das von Wohlfahrtsverbänden und Trägerorganisationen von Freiwilligendiensten entwickelte Konzept

„Recht auf ein Gesellschaftsjahr“ entgegen, das den Erhalt der Freiwilligkeit und eine Verdoppelung der Freiwilligendienste durch verbesserte Rahmenbedingungen bis 2030 anstrebt. Der Deutsche Verein wird diese Debatte weiter begleiten und u.a. im Rahmen des Fachforums „Wem nützt ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr? Zu den Potenzialen und Grenzen von Pflichtdiensten für die Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenhalts“ beim 83. Deutschen Fürsorgetag 2025 in Erfurt weiterführen.

Demgegenüber widmete sich die November-Sitzung des Fachausschusses wieder dem Themenkomplex Ausbildung und Kompetenzen in Sozialen Berufen: Dr. Hans-Peter Engelhard (BMFSFJ) stellte das Gesetz zur Einführung einer Pflegeassistentenausbildung vor, ein in der Mitgliedschaft des Deutschen Vereins breit begrüßtes Vorhaben, das aufgrund des Scheiterns der Regierungskoalition in dieser Legislaturperiode nicht mehr realisiert werden kann.

Prof. Dr. Katharina Kriegel-Schmidt, Studiengangsdekanin für Soziale Arbeit (B.A.), gewährte Einblicke in das didaktische Fernlehrmodell sowie die Studiendenshaft im Fernstudium Soziale Arbeit der privatgewerblichen Euro-FH. Der Fachausschuss wird sich weiter mit diesem Thema befassen.

Monika Bormann, Vorständin der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie, wies auf das wachsende Problem hin, Kinder- und Jugend-Psychotherapeut*innen Praxiserfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe zu ermöglichen und sie so für eine Tätigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe zu interessieren.

Thorsten Hinz von der Stiftung Nieder-Ramstädter Diakonie stellte den alarmierenden Fachkräftemangel in der Eingliederungshilfe dar und skizzierte erforderliche Kompetenzen von Heilerziehungspflegerinnen für pflegerische Aufgaben aus Sicht der Praxis. In Gefahr sehen Akteure und Fachschulverbände der Heilerziehungspflege die Vermittlung pflegerischer Kompetenzen seit der Verabschiedung des Qualifikationsprofils Heilerziehungspflege durch die Kultusministerkonferenz im Dezember 2021. Dieses war unter Beteiligung und breiter Zustimmung der Fachöffentlichkeit entstanden, und auch die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins hatte sich nach Beratung im Fachausschuss Soziale Berufe mit Vorschlägen eingebracht; kurz vor Verabschiedung wurde jedoch der Begriff der „Pflege“ im Qualifikationsprofil durchgängig durch „Hilfe zur Selbstpflege“ ersetzt, um einen Konflikt mit den Vorbehaltsaufgaben des Pflegeberufgesetzes zu vermeiden.

Am 18. Februar 2025 kam der Fachausschuss Soziale Berufe zu seiner 200. Sitzung zusammen. In Zeiten sich verschärfender Personalengpässe stellen die qualitätssichernde und bedarfsdeckende Gestaltung von Berufszugängen sowie die Gewinnung, Qualifizierung und nicht zuletzt Bindung von Fach- und Assistenzkräften die zuständigen Behörden, Ausbildungsstätten sowie soziale Einrichtungen und Dienste vor teilweise fast unlösbar scheinende Herausforderungen. Gleichzeitig besteht ein großer Erfahrungs- und Wissensschatz im Bereich der Praxisforschung und die zunehmende Bereitschaft, voneinander zu lernen und auch unkonventionelle Strategien zu erproben.